

# Textilarbeiter-Zeitung

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands

Bertrag Heinz. Fahrenbrach, Düsseldorf, Florastr. 7, Tel. 127 92. Druck u. Versand Joh. van Aken, Krefeld, Luth. Kirchstr. 65, Tel. 246 14. Bestellungen durch die Post für den Monat 1.— M.

Nummer 47

Düsseldorf, den 24. November 1928

Versandort Krefeld

## Zum Riesenkampf in der westdeutschen Eisenindustrie

### Aufruf der drei Metallarbeiter-Verbände

Die drei Metallarbeiterverbände haben an ihre Mitglieder einen Aufruf gerichtet, in dem es heißt:  
„Das Arbeitsgericht Duisburg hat dem Antrage des Arbeitgeberverbandes, daß der Schiedspruch vom 28. Oktober rechtsungültig sei, stattgegeben. Die drei Metallarbeiterverbände betrachten dieses Urteil als ein Fehlurteil und werden den Rechtsweg bis zum Reichsarbeitsgericht durchsetzen. Das Urteil ändert an der gegenwärtigen Lage nichts. Die Gewerkschaften werden der Arbeiterschaft zu gegebener Zeit entsprechende Anweisungen geben und erwarten, daß nur diesen Folge gegeben wird.“

### Rede Dr. Stegerwalds im Reichstag

Abg. Dr. Stegerwald begründet die Interpellation des Zentrums, die an die Reichsregierung die Frage richtet, was sie zu tun gedenke, um die durch das Vorgehen der Arbeitgeber gefährdete Autorität des staatlichen Schlichtungswesens und des Arbeitsfriedens wieder herzustellen, sowie um die der gesamten deutschen Wirtschaft erwachsenden Schäden abzuwenden. Es ist ein unerträglich Zustand, so führt der Redner aus, daß die Interessenten darüber befinden, ob ein Gesetzesakt, ein rechtsverbindlich erklärter Schiedspruch als rechtswirksam oder nicht zu gelten hat. Durch die vom Ministerium angewandten Maximen läßt sich dieser Zustand nicht heftigen. Man hätte verfügen können, daß bis zur Austragung des Rechtsstreits die alten Löhne weitergezahlt werden und der Rest rückwirkend nach der gefällten Entscheidung gezahlt wird. Die Unternehmer haben schon vor einem Jahre in einem Rundschreiben angekündigt, daß sie bei erster Gelegenheit dem Arbeitsminister die Stützen bieten und zu diesem Zweck einen umfangreichen Kampf durchsetzen wollten. Zu diesem Zweck haben sie einen Kampffonds von 50 Millionen angeammelt. Für diesen Kampf hat sich aber das Unternehmen unredliche Zeit und unredliche Stellen ausgesucht. Denn gerade in der nordwestdeutschen Eisenindustrie sind die Löhne besonders schlecht und die Gewinne der Industriellen besonders gut. Bei keiner Eisensorte machen die Löhne mehr als fünf Prozent der Herstellungskosten aus. Auch nach dem Schiedspruch erreichen die Löhne in dieser Industrie kaum den Betrag der Umsatzsteuer! (Nun bei den Kommunisten: Zentrums-Klöckner ist doch auch dabei!) Nein, dessen Werke befinden sich nicht im Aussperungsgebiet. Nicht nur im Lohn, sondern auch in den übrigen Arbeitsbedingungen sind die Arbeiter der nordwestdeutschen Großeisenindustrie ungünstiger gestellt, als der Durchschnitt der übrigen deutschen Arbeiter. Das Vorgehen der Unternehmer ist weder politisch noch psychologisch zu verantworten. Als 1927, also 25 Jahre später als in England, auch in dieser Industrie der Achtstundentag durchgeführt werden sollte, bestand die Antwort der Unternehmer in der Sammlung des 50-Millionen-Kampffonds. Die Reformbedürftigkeit des jetzigen staatlichen Schlichtungswesens wird von allen Beteiligten anerkannt. Die Befestigung dieses Schlichtungswesens haben aber auch die Unternehmer auf der Konferenz beim Arbeitsminister nicht zu fordern gewagt. Das wäre auch bei der heutigen Stärke der gewerkschaftlichen Bewegung eine große politische Gefahr, denn den wirtschaftlichen Konflikten folgen politische unmittelbar auf dem Fuße. Die jetzige Aussperung ist ein Kampf von unmittelbarer politischer Bedeutung. Es geht einfach nicht, daß ein für rechtsverbindlich erklärter Schiedspruch von einer Partei nicht anerkannt wird. Wir müssen eine Klärung haben: Entweder verschärfter Klassenkampf oder verstärkte Friedensbereitschaft in beiden Lagern. Die Große Koalition auf der politischen Seite, von der jetzt soviel geredet wird, hat nur einen Sinn, wenn auch nach der wirtschaftlichen Seite hin der Boden zur beiderseitigen Verständigungsbereitschaft resolut betreten wird. Es hat keinen Sinn, wenn wirtschaftlich das kaputt geschlagen wird, was wir politisch aufbauen. Das ist der Hintergrund für unsere Anträge. Wir sind nicht in allen Punkten mit dem Minister einverstanden. Wir betrachten die Verbindlichkeitsklärung eines Schiedspruchs als einen staatlichen Hoheitsakt von ganz besonderer Bedeutung. Die Erfahrungen der letzten Zeit haben gezeigt, daß es nötig ist, diesen Hoheitsakt mit der ganzen Autorität und Rechtskraft auszustatten, die seiner Bedeutung entspricht. Ein verbindlich erklärter Schiedspruch muß wie ein vollstreckbares Urteil gegen jeden Widerspruch durchgesetzt werden. Wenn eine freiwillige Verständigung der Parteien nicht zustande kommt, dann muß der Spruch des Reichsarbeitsgerichts mit der vollen staatlichen Autorität durchgesetzt werden. Wenn es nicht anders geht, müssen wir diese Frage in ähnlicher Weise regeln, wie beim Arbeitszeitnotgesetz.

### Schadensersatzforderungen der Gewerkschaften an die Nordwestgruppe

Die drei Metallarbeitergewerkschaften haben an die Nordwestliche Gruppe ein kurzes Schreiben gerichtet, in dem sie die Nordwestliche Gruppe verantwortlich für die Aussperung und den durch die Aussperung angerichteten Schaden machen. Mit diesem Schreiben erfüllen die Gewerkschaften eine formaljuristische Notwendigkeit, um ihre Schadenserfahrlage beim

Arbeitsgericht Essen durchzuführen zu können. Die Nordwestgruppe ist bekanntlich als Arbeitgeberverband aufgezoogen und wird von den angeschlossenen Werken und Organisationen durch Mitgliedsbeiträge aufrechterhalten. Soweit bekannt ist, besitzt die Nordwestgruppe als solche kein eigenes Vermögen, abgesehen von den zur Geschäftsführung notwendigen Büroeinrichtungen. Wenn heute die Gewerkschaften die Nordwestgruppe schadensersatzpflichtig machen, dann denken sie wahrscheinlich daran, daß schon im vergangenen Jahre im Gebiet der Nordwestgruppe durch eine Umlage bei den angeschlossenen Werken ein sogenannter Gefahrenfonds gebildet worden ist. Ueber die Höhe dieses Gefahrenfonds sind genaue Zahlen nicht bekannt, jedoch wird er zurzeit auf rund 15 Millionen RM. geschätzt. Der Gefahrenfonds wird von der Nordwestlichen Gruppe verwaltet, so daß sich auch nach rechtlichen Gesichtspunkten hier ein Vermögen befindet, das, falls der Schadenserfahrlage der Gewerkschaften stattgegeben wird, zur Deckung der Forderung herangezogen werden kann. Die Entscheidung hierüber steht jedoch beim Arbeitsgericht in Essen.



Ernst Boerngen,

Generaldirektor der Vereinigten Stahlwerke, einer der ruhmreichen Köpfe der deutschen Eisenindustrie, die zurzeit von schweren Arbeitskämpfen betroffen ist.

### Bemerkenswerte Feststellungen im Eisenkonflikt

hat bei Gelegenheit der Aussprache im Preussischen Landtag das Mitglied des Zentralvorstandes unseres Verbandes, Landtagsabgeordneter Kollege Bernhard Letterhaus, gemacht. Kollege Letterhaus wurde zu diesen Feststellungen veranlaßt durch die vielfachen schließlichen Darstellungen über die Haltung der christlichen Gewerkschaften und über die Bedeutung des Schlichtungswesens. Der Inhalt der wirkungsvollen Entgegnung gehört zu dem sachlich Wertvollsten, was überhaupt in der Aussprache vorgetragen worden ist.

Der Abgeordnete Dr. Deenberg, so führte Abgeordneter Letterhaus aus, hat in seiner gestrigen Rede fünf Punkte herausgestellt, die mich zu einer Stellungnahme zwingen. Dr. Deenberg hat an erster Stelle die Vorwürfe gegen die Unternehmer, sie seien tarifbrüchig geworden, mit Entschiedenheit zurückgewiesen. Er hat zweitens gesagt, es sei eine Binsenwahrheit, daß die Rationalisierung bisher keine greifbaren Früchte gebracht habe; drittens betonte er, daß die Unternehmer behaupteten, alle Schiedsprüche seien gegen sie ergangen; viertens hat er behauptet, daß die Unternehmer nur aus wirtschaftlichen Rücksichten und aus Sorge um die Industrie die Aussperung aufrechterhielten; fünftens hat er eine Reform des heutigen Schlichtungswesens für notwendig erklärt.

Das Recht der Unternehmer, auszusperren, und der Arbeiter, zu streiken, ist unbestritten. Es wäre falsch, in einem solchen Falle, wo es sich um eine tatsächliche Aussperung handelt, staatliche Unterstützung zu beantragen. Die Gewerkschaften lehnen das mit aller Entschiedenheit ab. In der nordwestlichen Gruppe handelt es sich aber nicht um eine Aussperung — diese ist überhaupt nicht möglich —, sondern um eine Aufhebung der Unternehmer gegen den verbindlich erklärten Schiedspruch. Ueber diesen wesentlichen Punkt ist Herr Dr. Deenberg gellern weggesprungen. Weil ein verbindlich erklärter Schiedspruch vorliegt, handelt es sich im Westen um eine offene Aufhebung der Arbeitgeber gegen den Staat und seine Maßnahmen. Ihr Recht, vor den ordentlichen Gerichten feststellen zu lassen, ob der Schiedspruch auf gesetzlicher Grundlage zustande gekommen ist, bleibt unbenommen. Die Position der Unternehmer muß sehr schwach sein, wenn sie zu Kampfmaßnahmen greifen, um dadurch die Gerichte zu beeinflussen. Herr Dr. Deenberg hat als eigene Mei-

nung herausgestellt, daß es eine Binsenwahrheit sei, daß die Rationalisierung keine greifbaren Erfolge mit sich gebracht hätte. Wie oberflächlich dieses Urteil ist, geht aus folgenden Zahlen hervor:

Die Roheisenproduktion betrug 1912 im früheren Reichsgebiet 1,6 Mill. Tonnen. In demselben Jahre wurden auf einem Gebiet, das dem heutigen Reiche entspricht, 0,9 Mill. Tonnen erzeugt. Im Januar 1928 betrug die Roheisenproduktion 1,18 Mill. Tonnen und übertraf damit um ein Fünftel die Vorkriegsproduktion. Noch stärker wirken die zahlenmäßigen Ergebnisse bei der Rohstahlproduktion. Diese betrug im Januar dieses Jahres 1,47 Mill. Tonnen und war damit fast so groß wie die gesamte Roheisenproduktion des alten Reiches. Diese betrug nämlich 1,52 Mill. Tonnen. Diesen Tatbestand hätte auch der Abg. Deenberg ermitteln können.

An dritter Stelle betonte Herr Abg. Deenberg, daß die Unternehmer behaupteten, alle Schiedsprüche seien gegen die Arbeitgeber gefällt worden. Auch hier hätte Herr Dr. Deenberg leicht den Tatbestand prüfen können. Nach der amtlichen Statistik wurden 1926 insgesamt fünfeinhalbtausend Schiedsprüche gefällt. In 1182 Fällen wurde die Verbindlichkeitsklärung beantragt. 44 Anträge wurden zurückgezogen. Von den 1138 Fällen erledigten sich 480 durch eine Vereinbarung der Parteien, 443 wurden abgelehnt, und nur in 315 Fällen von insgesamt fünfeinhalbtausend wurde die Verbindlichkeitsklärung ausgesprochen. Von den insgesamt 1138 Fällen, von denen sich 480 durch freiwillige Vereinbarungen erledigten, haben die Arbeitgeber selbst in 189 Fällen den Antrag auf Verbindlichkeitsklärung gestellt.

Herr Dr. Deenberg meint dann viertens, die Kampfmaßnahmen der Arbeitgeber erwachsen aus wirtschaftlicher Sorge. Weiß er, wie die Lohnerhöhung sich auswirkt? Die Gesamtkosten einer Tonne Roheisen in einem mittleren Hüttenwerk betragen 5,52 Mark, der Lohnanteil ist gleich 1,79 Mark, also rund 3 Prozent der Gesamtkosten. Die Selbstkosten bei Rohstahl betragen 81,09 Mark, der Lohnanteil 1,45 Mark gleich 1,7 Prozent der Gesamtkosten. Wenn die für die nordwestliche Gruppe vorgesehene Lohnerhöhung 5 Prozent beträgt, dann erhöht sich der Lohnanteil bei Roheisen um 5,9 Pfennig, bei Stahl um 7,25 Pfennig. Auch dieses hätte Herr Dr. Deenberg unschwer feststellen können.

Zuletzt hat er eine Reform des Schlichtungswesens beantragt. Er sieht diese Reform offenbar in einer Kollegialbefugung der entscheidenden Schlichtungsstellen. Man kann ernstlich darüber diskutieren, ob dieser Weg begangen werden soll, damit ist aber keineswegs die entscheidende Reform des Schlichtungswesens eingeleitet. Dies kann vielmehr nur allein dadurch erreicht werden, daß die Untereinstellung der Einzelbetriebe und der ganzen Wirtschaft stärker befestigt wird, und daß der Schlichter klarer als bisher den Tatbestand erkennen kann. Allein schon, um das Mißtrauen zu beseitigen, das heute in den breiten Schichten der Arbeitnehmer herrscht, ist es nötig, klar zu zeigen, was wirtschaftlich tragbar und gerecht ist.

Ich habe die von Dr. Deenberg aufgeworfenen Fragen nur kurz streifen können. Der Hauptnachdruck liegt beim ersten Punkt. Unserer Auffassung nach ist die Aussperung im Ruhrgebiet eine Aufsehnung gegen die Staatsautorität. Der Staat hat die Pflicht, das stark verletzte Reichsempfinden wieder herzustellen. Die Arbeiter sind zur Arbeit bereit, sie bieten ihre Arbeitskräfte an, die Arbeitgeber lehnen, obschon der verbindlich erklärte Schiedspruch vorliegt, die Annahme ab. Darin liegt die Aufsehnung gegen die Staatsautorität und die Verletzung ihrer Maßnahmen.

### Das Urteil des Arbeitsgerichts Duisburg

Vor dem Duisburger Arbeitsgericht fanden am 12. November die Verhandlungen über die Feststellungsklage der Gruppe Nordwest im Arbeitskämpfe der Metallindustrie statt. Vorsitzender war Amtsgerichtsrat Kögel, als Beisitzer fungierten Prokurist Hoffmann und Betriebsleiter Herzfurth für die Arbeitgeber, und Tenhagen und Fadin für die Arbeiterschaft. Die Parteien waren vertreten durch ihre Geschäftsführer, die Arbeitgeber durch den Syndikus des Arbeitgeberverbandes, Dr. Krauert, und die Beklagten durch Herzfel vom Deutschen Gewerkschaftsbund. Die Güterverhandlungen, welche vom Vorsitzenden pflichtgemäß eingeleitet wurden, hatten angesichts der Sachlage keine Aussicht auf Erfolg und wurden deshalb sofort als beendet angesehen. Das Gericht setzte das Streitverfahren daraufhin fort. Von Dr. Krauert wurden die bekannten Ausführungen aus der Klageschrift Nordwest vorgetragen, während Herzfel die ebenfalls schon bekannten Gegenargumente der Arbeitnehmerorganisationen zu Gehör brachte. Der Vertreter der Beklagten beantragte, die Klage abzuweisen und für die Gültigkeit des für verbindlich erklärten Schiedspruches einzutreten. Nach verhältnismäßig kurzer Frist verkündete das Gericht nachfolgenden Spruch:

„Es wird festgestellt, daß ein Tarifvertrag auf Grund des gefällten Schiedspruches vom 28. Oktober nicht besteht. Die Kosten des Verfahrens, die 500 RM. betragen, nachdem als Wertobjekt RM. 1.— Million eingesetzt worden war, haben die Beklagten zu zahlen.“

Das Urteil des Arbeitsgerichts Duisburg hat somit die Aussperungshandlung des Arbeitgeberverbandes Nordwest als zu Recht bestehend erklärt. Es ist ganz selbstverständlich, daß — gleich wie das Urteil des Arbeitsgerichts Duisburg auch gefällt worden wäre — die unterliegende Partei Sprungrevision beantragt hätte, um die Angelegenheit vor das oberste Arbeits-

# Vorstände! Denkt an die Werbearbeit!

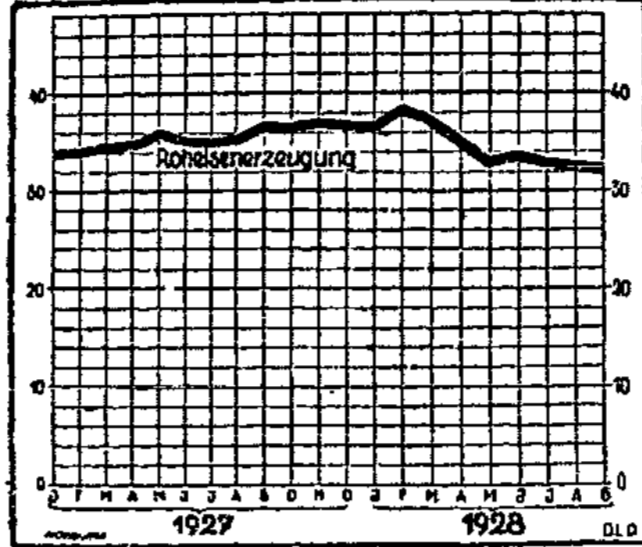
gericht, das Reichsarbeitsgericht in Leipzig, zu bringen. Beide Parteien des Tarifvertrages haben ein ungeheures Interesse daran, durch eine höchstgerichtliche Entscheidung den augenblicklichen Fall klären zu lassen, damit für die Rechtsprechung feste Normen geschaffen werden. Es ist zwar bei Redaktionschluss noch nicht bekannt, ob die Gewerkschaften sofort Sprungrevision beantragen haben. Daß diese Sprungrevision aber beantragt wird, ist heute schon mit aller Sicherheit zu sagen. Bevor aber das Urteil des Reichsarbeitsgerichts gefällt wird, werden im günstigsten Falle vier Wochen vergehen. Zurzeit dauert eine Revision von der Einreichung der Berufung an gerechnet bis zur Zustellung des Urteils durch das Reichsarbeitsgericht im Durchschnitt ein halbes Jahr. Wenn die Regierung beim Reichsarbeitsgericht vorstellig wird, dann müßte es sich durchaus ermöglichen lassen, daß das Verfahren wesentlich verkürzt wird.

## Die christlichen Gewerkschaften für Einigungsverhandlungen

Von einzelnen Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens sind verschiedentlich Versuche zur Einleitung von Verhandlungen zwischen den beiden kämpfenden Parteien im Arbeitshampf der Eisenindustrie gemacht worden. Nunmehr hat sich eine Delegiertenkonferenz der christlichen Gewerkschaften am 11. November bereit erklärt, an Einigungsverhandlungen, welche von einer neutralen Persönlichkeit ausgehen, teilzunehmen. Die Leitung des christlichen Metallarbeiterverbandes hat von den Delegierten entsprechende Vollmachten bekommen. Mit dieser Erklärung ist die Möglichkeit gegeben, daß unbeschadet der rechtlichen Auseinandersetzungen der Arbeitshampf der Eisenindustrie durch Verhandlungen zwischen den Parteien früher, als es auch bei schnellster Klärung der Rechtsverhältnisse möglich ist, beendet wird. Wenn auch von der Arbeitgeberseite eine solche grundsätzliche Bereitschaft zu Verhandlungen vorliegt, dann dürfte es den um eine Einigung bemühten neutralen Persönlichkeiten nicht schwer fallen, die Parteien an den Verhandlungstisch zu bekommen. Bekanntlich hat ja schon der Düsseldorf-Regierungs-

präsident Bergemann die Parteien für Dienstag, den 13. November, zu sich geladen. Er will zunächst mit den einzelnen Parteien getrennt verhandeln. Es besteht nach der vorliegenden Erklärung der christlichen Gewerkschaften alle Aussicht, daß die von dem Regierungspräsidenten Bergemann eingeleitete Verhandlungsaktion mit Erfolg durchgeführt werden kann.

## Die deutsche Eisengewinnung



Wie auch in den übrigen Haupterzeugungsländern für Eisen und Stahl in Europa ging in Deutschland während der letzten Monate die Roheisengewinnung ständig zurück. Im Februar wurden im Durchschnitt an jedem Arbeitstag 38 703 Tonnen gewonnen, womit eine Rekordhöhe erreicht war, dann sank die Erzeugung bis auf 32 800 Tonnen im September. Auch die Herstellung von Roßtaßl ging zurück. Der Tagesdurchschnitt im ersten Vierteljahr betrug noch 53 997 Tonnen, im zweiten Vierteljahr nur 50 056 Tonnen und im August nur 49 235 Tonnen.

reicht ist, keine Rolle, oder höchstens in sofern, als damit nur der Tiefstand der Entlohnung in der Textilindustrie nachgewiesen ist. Die Gewerkschaften haben in Anbetracht der Sachlage eine Erhöhung des Lohnes für den Hilfsarbeiter von 60,5 auf 70 Pf. pro Stunde und eine entsprechende Erhöhung auch für die übrigen Zeitlohnarbeiter gefordert.

Die Arbeitgeber führen weiter an, daß durch diese Lohnbelastungen, der Textilindustrie die Konkurrenz mit der Industrie der Nachbarländer unterbunden sei und dieses sich bereits zur Zeit in einer Krise in der Industrie auswirke. Die Gewerkschaften sind nicht im unklaren darüber, daß die Textilindustrie einen Teil ihrer Produkte auf dem Weltmarkt absetzen muß, und sie haben das größte Interesse daran, diese Tatsache zu beachten. Wie steht es nun mit dem Wettbewerb der deutschen Textilindustrie auf dem Weltmarkt in den letzten Jahren. Der Wert der deutschen Textilausfuhr betrug im Monatsdurchschnitt in Millionen Mark:

	1924	1925	1926	1927	1928
Gewebe insgesamt	66,1	75,4	77,7	82,1	88,9
Garne insgesamt	14,3	16,9	16,4	17,9	22,6

Wir sehen hier seit 1924 ein stetes Anwachsen der Ausfuhr, sowohl bei Halb- als bei Fertigwaren. Besonders erfreulich ist das starke Ansteigen der Ausfuhr in den letzten Monaten. Der Monat August im Jahre 1928 weist die Rekordziffer auf mit 106,4 Millionen Mark bei Gewebe und 24,8 bei Garnen. Wenn wir trotzdem einen Rückgang in der Beschäftigung der Textilindustrie zu verzeichnen haben, so ist das nicht auf die Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt zurückzuführen, sondern es liegen die Absatzschwierigkeiten lediglich auf dem Inlandsmarkt. Und hier dürften sie im wesentlichen darin liegen, daß die Masse der Konsumenten, also die Arbeiterschaft nicht kaufkräftig ist. Gibt der deutsche Unternehmer der deutschen Arbeiterschaft durch entsprechende Löhne die Kaufkraft, so wird auch der Inlandsmarkt sich zukünftig besser gestalten und die Absatzschwierigkeiten dürften mehr und mehr beseitigt sein.

Die günstige Entwicklung der Textilindustrie des Münsterlandes in den letzten Jahren kommt auch ganz besonders darin zum Ausdruck, daß die Zahl der beschäftigten Arbeiter heute um mehr als 20 Prozent höher ist, gegenüber dem Jahre 1924 und 1925. Wenn dabei noch berücksichtigt wird, daß die Produktion des einzelnen Arbeiters sowohl in der Weberei als auch in der Spinnerei infolge der Rationalisierung und infolge der Mehrleistung gestiegen ist, so sehen wir eine stetig ansteigende Produktionslinie in der Textilindustrie. Auch die Abschlüsse in den verschiedensten Industriezweigen der Textilbranche zeigen uns an Hand der Bilanzen der Aktiengesellschaften eine recht gute Entwicklung in der gesamten deutschen Textilindustrie. Der Rohgewinn in 15 der bedeutendsten Industriezweige zeigte eine Steigerung von 11,2 auf 19,5 Prozent in den Jahren 1926/27 und 1927/28.

Wenn die Gewerkschaften zur Akkordfrage den Fortfall der sechsprozentigen festen Zulage für die Arbeiterschaft über 23 Jahre und dafür eine sechsprozentige Erhöhung der Akkordstücklöhne gefordert haben, so nur aus dem Grunde, weil nur eine gerechte einheitliche Akkordgrundlage die Voraussetzung für größtmögliche Akkordleistung sein kann. Auch der Akkordarbeiter unter 23 Jahren muß bei derselben Leistung in Qualität und Quantität den Endlohn erreichen, den der Arbeiter über 23 Jahre für dieselbe Arbeit bekommt. Es müssen in den Verhandlungen Wege gesucht werden, die hier einen gerechten Ausgleich schaffen. Auch die Gewerkschaften wollen Stabilisierung im Wirtschaftsleben und sie sind der Ueberzeugung, daß diese unter Berücksichtigung der aufgestellten Forderungen erreicht werden kann.

## Eine internationale Textil-Enquete

Auf der letzten Tagung des Verwaltungsrates des Internationalen Arbeitsamtes, Anfang Oktober in Warschau, hat man sich u. a. auch mit der Frage einer internationalen Textil-enquete beschäftigt. In der Zwischenzeit sind die Vorarbeiten weiter geschritten. Zwar wollte die Arbeitgeberseite, soweit sie die Interessen der Textilindustrie vertritt, keine enquetemäßige Untersuchung der augenblicklichen Wirtschaftslage der internationalen Textilindustrie. Das Ergebnis der Verwaltungsratsitzung in Warschau ist aber, daß die Enquete als solche durchgeführt werden soll, und zwar ist ein besonderer Ausschuss eingesetzt worden, der die Frage zu prüfen hat, welche Teile und welche Sonderfragen aus dem breiten Komplex der Textilindustrie Gegenstand der Erhebung sein sollen. Dieser Unterausschuss wird auf der nächsten Sitzung im März 1929 dem Verwaltungsrat einen Bericht vorlegen. Erst dann wird es sich entscheiden, inwieweit eine internationale Textil-enquete durch das Internationale Arbeitsamt durchgeführt wird.

## Reichstagung des Zentralwohlfahrtsausschusses der christlichen Arbeiterschaft

Die Wohlfahrtsarbeit darf auch von der christlichen Arbeiterschaft nicht vernachlässigt werden. Gewiß geht unser Streben zunächst nach einem gerechten Anteil am Ertrage der Wirtschaft. Den breitesten Volksschichten gesunde, den heutigen Kulturverhältnissen entsprechende Arbeits- und Lebensbedingungen zu verschaffen, ist die beste Wohlfahrtspflege. Vorerst aber sind wir noch nicht soweit. Noch haben wir auf unabsehbare Zeit mit großen wirtschaftlichen, seelischen und sittlichen Notständen zu rechnen. Solche werden übrigens auch unter besseren Existenzbedingungen in mehr oder minder großem Umfange dauernd vorhanden sein.

Die Frage ist nun, sollen wir die Behebung oder Linderung dieser individuellen Not lediglich den Angehörigen anderer Berufsstände überlassen? Dann verdienen wir wahrhaftig nicht, uns noch christliche Arbeiterbewegung zu nennen. Das Gebot der christlichen Nächstenliebe schon legt auch uns die Verpflichtung der Hilfsbereitschaft gegenüber dem Hilfsbedürftigen auf. Da diese zumeist unserem Stande entstammen, ist es auch eine Pflicht der Standesethik und der Standesbrüderlichkeit, helfend einzugreifen. Mit Recht würde man es bei einem aufstrebenden

# Vor neuen Auseinandersetzungen in der Textilindustrie

Die Arbeitgeber wollen den Kampf.

Durch die Verbindlichkeitsklärung der Schiedsgerichte für Düren, R.-Glabbach-Hehndt und Bieren sind die Differenzen in der niederrheinischen Textilindustrie beigelegt worden. Die große Bewegung in der Metallindustrie hat indessen die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit voll in Anspruch genommen, und allgemein kann die Meinung festgestellt werden, daß in der Textilindustrie der Tarifstriede wieder hergestellt sei. Dem ist nicht so. Auch die Arbeitgeber in der Textilindustrie haben nun Maßnahmen ergriffen, die ernste Differenzen in der Textilindustrie besüßten lassen. Und es hat allen Anschein, als ob schon in wenigen Wochen entscheidende Kämpfe um die künftige Entwicklung der sozialen Belange der Arbeiterschaft auch in der Textilindustrie zu erwarten sind. Raum ist der Angriff der Arbeitgeber in der niederrheinischen Textilindustrie abgeschlossen worden, so folgte am 25. Oktober eine neue Kampfansage der Textilindustriellen, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig läßt. Durch eine Vertreterversammlung des Arbeitgeberverbandes der gesamten deutschen Textilindustrie in Berlin wurde die Erklärung abgegeben, „mit aller Entschiedenheit sich auch weiterhin gegen jeden Versuch weiterer Tarifverbesserungen geschlossen zur Wehr zu setzen“. Daß dieser Beschluß zugleich eine erneute gewaltsame Verschlechterung der Tarifverträge bezweckte, wird durch folgende Vorgänge bemessen:

Am 27. Oktober hat der Verband von Arbeitgebern der sächsischen Textilindustrie (Sitz Chemnitz) alle Tarifverträge für die Textilindustrie für Mittel- und Westfalen und Ostthüringen zum 30. November gekündigt. Gleichzeitig haben die Arbeitgeber für die Textilindustrie in Ostfalen die Kündigung für die ost-sächsische Textilindustrie ausgesprochen.

Am 30. Oktober kündigte auch der Verband münsterländischer Textilindustrieller den Tarifvertrag für die münsterländische Textilindustrie. Die ergebnislosen Verhandlungen haben zur Anwendung des staatlichen Schlichters in Dortmund geführt. Ebenso wurden von den Arbeitgebern die Tarifverträge für die niederrheinische Textilindustrie, für Westfalen und Ostthüringen sowie für Brandenburg gekündigt. In Westfalen und in Nordhannover besteht seit Anfang Oktober ein vertragloser Zustand. Die von den Arbeitgebern gekündigten Tarifverträge sind abgelaufen; die Industriellen lehnen jede Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen ab, trotzdem der Schlichtungsansatz Nordhannover einen Schiedspruch auf sechs Pfennig Lohn-erhöhung fällt.

Überall fordern die Arbeitgeber Verschlechterungen der Tarifbestimmungen bezw. die Verlängerung der abgelaufenen Tarife ohne jede Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen auf zwei Jahre und darüber hinaus. Insgesamt 500 000 Textilarbeiter werden durch diese Tarifkündigungen der Arbeitgeber in den verschiedenen Bezirken betroffen. Das Ziel, das die Industriellen mit dieser Kündigungsaktion verfolgen, ist offensichtlich. „Es handelt sich hier“, so berichtet die Presse, „um die Durchföhrung der vom Arbeitgeberverbande der deutschen Textilindustrie angeordneten Aktion, den Kampf in der deutschen Textilindustrie auf breiterer Front durchzuführen.“

Wer die den Arbeitgebern nahestehende Presse verfolgt, wird sich über die Bedeutung dieser „Aktion“ nicht im unklaren sein. Es ist charakteristisch, wenn selbst Zeitungen wie die „Sächsischen Zeitung“ erklären:

„Wenn eine Industrie eine vom Reichsarbeitsminister bestätigte Lohn-erhöhung nicht zu tragen vermag und diese Unmöglichkeit nachweisen kann, so hat sie auch die Pflicht, die formale Autorität der Verbindlichkeitsklärung, der die sachliche Autorität der vernünftigen Entscheidung, die volkswirtschaftliche Verantwortung fehlt, zu empfangen.“

Die Textilindustriellen haben mit der Aussperrung am Niederrhein den Auftakt der Herzkämpfe in der deutschen Texti-

rie gegeben. Daß sie die Verbindlichkeitsklärung des Schlichters in Köln respektieren, besagt nach den inzwischen gemachten Erfahrungen in der Metallindustrie und nach solchen Presse-ankündigungen keineswegs, daß sie auch in Zukunft dies tun werden. Die deutsche Textilarbeiterchaft hat deshalb allen Anlaß, auf der Hut zu sein und mit allen Eventualitäten zu rechnen.

## Neue Tarifkündigungen in der Krefelder Seidenindustrie

Der Arbeitgeberverband der rheinischen Seidenindustrie Krefeld hat sämtliche Lohn- und Manteltarife für die Seidenindustrie im Krefelder Bezirk zum 15. Dezember bezw. 31. Dezember gekündigt. Die Kündigung betrifft die Tarife für die Seidenstoffweberei, für die Nansenweberei, Etikettweberei, Gummibandweberei, Färberei und Stoffappretur. Die Kündigung der Lohnsätze erfolgte zum 15. Dezember, die der Manteltarife zum 31. Dezember. Es werden durch diese Kündigungen weitere 10 000 Textilarbeiter im Krefelder Gebiet betroffen. Mit der Kündigung haben die Arbeitgeber Anträge gestellt, die auf eine Verschlechterung verschiedener Manteltarifbestimmungen und Ausführungsbestimmungen und auf einen Lohnabbau einzelner Tarifgruppen in Höhe von fünf bis sechs Prozent hinauslaufen. Die abgeänderten Lohnsätze sollen auf Antrag der Arbeitgeber bis 31. Dezember 1930, die abgeänderten Manteltarife bis 31. Dezember 1931 verlängert werden. Es ist mit Bestimmtheit zu erwarten, daß die Arbeiter diese Anträge ablehnen und entsprechende Gegenforderungen stellen werden.

## Lohnstreit in der münsterländischen Textilindustrie

Die Gewerkschaften haben auf die bereits durch die Tagespresse veröffentlichte Begründung des Arbeitgeberverbandes, sowohl in der Verhandlung mündlich, wie auch dem Schlichter schriftlich folgende Antwort erteilt:

Die Gewerkschaften wollen auch weiterhin entsprechend ihrer Tradition die Mitverantwortung für das Wohl und Wehe der Wirtschaft tragen. Von diesem Fundamentalsatz der Betätigung im Wirtschaftsleben, haben sie sich auch diesmal bei der Aufstellung der Forderungen für den Neuabschluss eines Lohnsatisfes leiten lassen. Sie sehen in der Arbeiterschaft den einen großen Faktor des Wirtschaftslebens, der stark und arbeitsfähig, somit auch kauf- und konsumfähig erhalten werden muß, um als Produzent und Konsument seine Stelle in der Gesamtwirtschaft ausfüllen zu können.

Wie ist es um die Textilarbeiter bestellt? Der Arbeitgeberverband sagt, daß seit der Marktstabilisierung die Tariflöhne um 100% erhöht seien. Das stimmt. Zu Beginn der Marktstabilisierung wurde der Lohn für den Hilfsarbeiter über 23 Jahre auf 30 Pf. pro Stunde festgesetzt. Der Lohn für den Zeitlohnarbeiter, wie auch der Nichtlohn für den Akkordarbeiter derselben Altersklasse wurden auf 35 Pf. festgesetzt. Heute verzeichnen wir einen Stundenlohn für den erwachsenen Hilfsarbeiter von 60,5 Pf., für den Zeitlohnarbeiter 70 Pf., für den Zeitlohnarbeiter in der Spinnerei 68 Pf., für eine besondere Gruppe der Zeitlohnarbeiter in der Spinnerei nur 64 Pf. Die Lohnsätze 2. Ortsklasse für die Mehrzahl der Orte im Tarifbezirk sind noch um 1 bis 2 Pf., für die 3. Ortsklasse um 3 bis 4 Pf. pro Stunde niedriger. Wenn also die wirklichen Löhne in Betracht gezogen werden, dann wird kein Mensch behaupten wollen, daß von einem solchen Stundenlohn ein Arbeiter eine Familie ordnungsgemäß ernähren kann. Ein solcher Lohn ist zweifellos für die heutigen Verhältnisse unzureichend. Dabei spielt die Frage, ob dieser Lohn durch eine 100prozentige Erhöhung ein

# Unsere Parole: Stärkung des Verbandes!

# Mitglieder! Werbt unermüdlich für den Verband!

Stände — und das ist doch der Arbeiterstand — nicht verstehen, wollte er die in Not versinkenden Standesglieder ihrem Schicksal, bezw. dem Helferwillen anderer Berufsstände allein überlassen.

Aus den Motiven heraus, hat sich der Zentralwohlfahrtsausschuß der christlichen Arbeiterschaft — gegliedert in Landes-, Bezirks- und Ortswohlfahrtsausschüsse — gebildet. Er hat sich zum Ziele gesetzt, aus der Arbeiterschaft wohlfahrtspflegerische Kräfte auszubilden und sie für ihre Arbeit an den Hilfsbedürftigen auszubilden. Er will in der gesamten christlichen Arbeiterschaft das Verantwortungsgefühl und den Opferwillen gegenüber jeder Not, besonders aber gegenüber den in Not befindlichen Standesangehörigen, wecken und sie zur hilfsbereiten Tat entflammen, Angesichts dessen verdient die am 27. und 28. Oktober in Dortmund stattgefundene Reichstagung des Zentralwohlfahrtsausschusses unser volles Interesse.

Nach einigen programmatischen Begrüßungsvorreden des Vorsitzenden Bernhard Otte, Generalsekretär der christlichen Gewerkschaften, erstattete die Geschäftsführerin Fräulein Dr. Reben den Geschäftsbericht. Sie schilderte das Werden sowie die Ziele und Bestrebungen des Zentralwohlfahrtsausschusses und gab einen interessanten Einblick in die von der Hauptgeschäftsstelle und von den Wohlfahrtsausschüssen im Lande geleistete wohlfahrtspflegerische Tätigkeit. Fortschritte seien unverkennbar. Doch bedürfe unsere Wohlfahrtsarbeit noch des weiteren Ausbaues. Notwendig sei insbesondere, daß wir uns auch den Wohlfahrtsbehörden gegenüber durchsetzen und allenthalben eine Vertretung in den Wohlfahrts- und Jugendämtern zu erreichen suchen.

In der nächstfolgenden öffentlichen Sitzung, an der auch die Regierungspräsidenten von Arnberg und Münster teilnahmen, sprach der zweite Vorsitzende unseres Verbandes, Kollege Fischer, über „Die der Jugend aus den modernen Erwerbs- und Lebensverhältnissen erwachsenden Gefahren“. Der Vortrag wurde auszugswise in der vorigen Ausgabe des Verbandsorgans wiedergegeben. Der Reichsjugendleiter, Kollege Vogt, Berlin, hatte das Korreferat dazu übernommen. Er ergänzte den ersten Redner durch ein Aufzeigen der Mittel und Wege, aus dem Verufe heraus den gefährdeten Gefahren zu begegnen. Als notwendig erachtet er eine starke, die Verhältnisse meistende Einstellung der Jugend, eine zweckmäßige Beeinflussung der Berufswahl durch gut besetzte, behördliche Berufsberatungsstellen und durch eine die Ergebnisse vorzüglich bewertende Eignungsprüfung, sowie eine umfassende praktische und theoretische Berufsausbildung. Der Berufsschulunterricht habe vom Verufe auszugehen. Er sei so auszugestalten, daß er die Berechtigung zum Besuch höherer Fachschulen zu vermitteln und so auch dem jugendlichen Arbeiter in seinem Verufe Aufstiegsmöglichkeiten zu geben vermag.

Damit war die Tagesordnung für den ersten Verhandlungstag erledigt. Abends fand im alten, historischen Rathsaal eine von der Dortmunder christlichen Arbeiterschaft gut besuchte Kundgebung statt. Arbeitersekretär Mengelkamp eröffnete diese. Bernhard Otte hielt eine kurze Begrüßungsansprache, betonend, daß auch diese Kundgebung der Jugend gewidmet sei. „Christliche Arbeiterschaft und Jugend“ hieß das Thema, über das drei bekannte Persönlichkeiten: Prälat Dr. Müller, M.-Gladbach, Georg Streiter, Berlin, und Karl Raßer, Köln, bemerkenswerte Worte sagten.

Sonntag vormittag 11 Uhr gingen die Verhandlungen weiter. Zunächst sprach Frau Stadtoberinspektor Rademacher, Dortmund, über „Aufgaben der vorbeugenden und heilenden Fürsorge“. Sie behandelte die vorbeugende Fürsorge für die Kinder erwerbstätiger Mütter, sowie für uneheliche und Pflegekinder, die vorbeugende und heilende Fürsorge durch Schulaufsicht, Fürsorgezucht und Jugendgerichtshilfe. Ferner erwähnte sie die Möglichkeiten der ehrenamtlichen Mitarbeit auf den Gebieten.

Eine gute Ergänzung fand dieser Vortrag durch die Ausführungen des Seelsüchtigen Rat Dohr aus München, Diözesanpräses der katholischen Arbeitervereine. In seiner urwüchsigsten, echt volkstümlichen Art gab er eine Fülle wertvoller, aus der eigenen, praktischen Arbeit geschöpften Anregungen.

Ein Vortrag des Kollegen Emil Kandzia, Köln, über das Reichsjugendwohlfahrtsgesetz schloß die Tagung ab. Er führte in das Wesen und den Sinn des Jugendwohlfahrtsgesetzes ein, schilderte den in diesem Gesetz geregelten organisatorischen Aufbau der behördlichen Wohlfahrtspflege und die Bestimmungen über die Zusammenarbeit von behördlicher und freier Wohlfahrtspflege. Durch Einschaltung von eigenen Erlebnissen und Erfahrungen verstand es der Redner, den sonst so trockenen Stoff lebendig und interessant zu gestalten.

Nach einstimmiger Annahme einer Entschließung sprach der Vorsitzende, Kollege Bernhard Otte, in seinem kurzen, aber packenden Schlusswort die Hoffnung aus, daß die Reichstagung dazu beitragen möge, das Interesse an der Wohlfahrtsarbeit der christlichen Arbeiterschaft zu fördern und allenthalben neuen Helferwillen auszulösen.

Das rege Interesse und die auch in der Aussprache zum Ausdruck kommende innere Anteilnahme der 150 Teilnehmer an den Verhandlungsgegenständen bieten die Gewähr, daß diese Erwartungen in Erfüllung gehen.

## Aus unseren Verbandsbezirken

### Konferenzen im Bezirk Hannover.

Am Samstag, den 27. und Sonntag, den 28. Oktober, hatte der Bezirk Hannover die Vertreter seiner Ortsgruppen in Dinslaken versammelt.

Am Samstag fand die Herbstkonferenz des Bezirks statt. Aus 32 Orten waren 78 Delegierte anwesend. Darunter eine größere Anzahl Kolleginnen.

Dem Zentralvorstand nahmen der Kollege Joh. Müller, Düsseldorf, und die Kollegin Woiaski, Düsseldorf, an der Konferenz teil.

Es waren verschiedene Gäste anwesend, so Herr Studienrat Dr. Jacobi, Dinslaken, unser bisheriger Sekretariatsleiter,

jetziger Vorsitzender des Arbeitsamtes Heiligenstadt, Herr Fuhr, Heiligenstadt, ferner unser früherer Sekretär, jetziger Geschäftsführer des „Eichsfelder Volksblatt“, Herr Hülsmann, Heiligenstadt.

Der Bezirksleiter, Kollege Lensing, Hannover, gab einen ausführlichen Geschäftsbericht vom letzten Jahre. Die Mitgliederzahl ist um reichlich 600 gestiegen. Die Einnahmen für die Zentralkasse stiegen um ungefähr 70 Prozent. Trotzdem steigt der Bezirk, oder richtiger gesagt, das Sekretariat Eichsfeld in der Beitragshöhe gegenüber anderen Bezirken noch stark zurück.

Zu ausführlicher Weise wurden die gegenwärtigen tariflichen Verhältnisse im Bezirk vorgetragen.

Kollege Lensing behandelte ferner die Arbeiterinnen- und Jugendbewegung im Bezirk, streifte kurz die Bildungsbestrebungen, Kurse usw. und forderte zum Schluß auf zur regen Beteiligung an der Herbst- und Winteragitation.

Nach einer kurzen Aussprache zum Geschäftsbericht wurde dem Bezirkskassierer Entlastung erteilt. Der bisherige Bezirksvorsitzende, Kollege Lensing, wurde einstimmig wiedergewählt.

In den Verbandsbeiträgen wurden gewählt: Fuhr, Heiligenstadt, Frankenberg, Dinslaken, Will, Fulda, Kaminski, Neumünster, und die Kollegen Klingebiel und Werner aus Hannover. Letztere wurden gleichzeitig zu Kassensprüfern wiedergewählt.

## Die Werbewochen haben begonnen. Die meisten Ortsgruppen unseres

Verbandes haben entsprechend den Anweisungen der Verbandsleitung Mitgliederveranstaltungen abgehalten, und überall regt es sich zum besten unseres

### Standes

Die Werbeausschüsse, welche allenthalben gebildet wurden, müssen jetzt in voller Tätigkeit sein. Es gilt jetzt, Begeisterung für unsere

### heil'ge

Sache zu wecken. Jetzt darf keiner mehr abseits stehen. Die Mühen der Werbetätigkeit werden sich reichlich lohnen. Keiner darf, wenn der Erfolg nicht sofort eintritt, den Kampf aufgeben, gilt es doch, unsere

### Rechte

durch Stärkung der Organisation besser erreichen zu können. Einer muß sich an den Erfolgen des andern begeistern. Als Gesamtheit müssen wir

### fordern

daß die ganze Kraft all' unserer Ortsgruppen im Dienste der Werbetätigkeit angepannt wird. An einigen Orten, die aber noch nicht genannt werden, haben

### wir

schon schöne Erfolge zu verzeichnen. Die Mitgliederzahl wächst. Dies ist eine erfreuliche Feststellung, aber auch eine Genug-tuung für jeden, der

### mit

an der Erreichung dieser schönen Erfolge gearbeitet hat. Es zeigt sich, daß auch innerhalb unserer Gewerkschaft viele tüchtige Mitglieder sind, die mit

### hohem

Verantwortungsbewußtsein an die Verwirklichung der von der Verbandsleitung aufgestellten Parole herangetreten sind. Wo einmal Erfolge vorhanden sind, wächst der

### Mut

zu neuen Schaffen. Wo die Erfolge bisher noch nicht eingetreten sind, gilt es die ganze Kraft der Werbetätigkeit zu widmen.

Deshalb immer wieder die Parole:  
**Werbet neue Mitglieder.**

Der Kollege Joh. Müller von der Verbandszentrale sprach in ausführlicher Weise über die Notwendigkeit und die Bedeutung der einsetzenden Herbst- und Winteragitation. Seine interessanten Ausführungen fanden den lebhaften Beifall der Konferenz.

Die Eichsfelder Ortsgruppen benutzten die Gelegenheit, um dem scheidenden Kollegen Fuhr eine Ehrung zu bereiten. Im Namen der Ortsgruppen dankte der Kollege Eifel, Cammerfort, dem Kollegen Fuhr für seine Arbeiten und Mühen im Interesse der christlich organisierten Textilarbeiter des Eichsfeldes. Dabei überreichte er ihm zum Andenken ein schönes Bild.

Nach einem Schlusswort des Bezirksleiters, worin er um rege Mitarbeit im kommenden Jahre bat, fand die vorzüglich verlaufene Konferenz ihr Ende.

### Arbeiterinnenkonferenz.

Am Tage nach der Bezirkskonferenz fand ebenfalls in Dinslaken, vormittags, eine Delegiertenversammlung statt. Es sprachen in derselben der Kollege Lensing, Hannover, über: „Leistungen und Erfolge des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen für die Arbeiterinnen“. Ferner sprach die Kollegin Woiaski, Düsseldorf, über: „Unsere Aufgaben als christliche Textilarbeiterinnen zur wirtschaftlichen und kulturellen Hebung der Textilarbeiterinnerschaft“.

In lebhafter Aussprache wurden die Ausführungen der beiden Referenten von den anwesenden Kolleginnen ergänzt.

Während noch die Vertreterinnen unserer Kolleginnen in erster Beratung zusammenfanden, rollten schon die Eisenbahnzüge und von uns gemieteten Postautos mit großen Scharen von

Kolleginnen aus fast allen Textilstätten des Eichsfeldes heran. Die Kolleginnen wollten teilnehmen an einer großen

### Arbeiterinnenkundgebung.

Der große Saal des „Thüringer Hof“ konnte die Erschienenen kaum fassen, als um 3 Uhr nachmittags der Kollege Lensing die Kundgebung eröffnete.

Wiederum konnte er eine größere Anzahl Gäste begrüßen. So den Herrn Bürgermeister Sackelhal von Dinslaken, den alten Borkämpfer für die christliche Gewerkschaftsbewegung, Herrn Pfarrer Leineweber, Dinslaken, und andere mehr.

In ganz hervorragender Weise sprach Kollegin Woiaski, Düsseldorf, über: „Frauenberuf, Frauenarbeit und Sozialpolitik“. Brausender Beifall zeigte, daß die Rednerin den Erschienenen aus dem Herzen gesprochen hatte.

In ebenso vorzüglicher Weise behandelte der Kollege Joh. Müller, Düsseldorf, das Thema: „Grundständige Stellung der christlichen Gewerkschaften zu Arbeit, Staat und Gesellschaft“. Auch dieser Vortrag fand begeisterte Aufnahme.

Nachdem in einer angenommenen Entschließung die Forderungen der Kolleginnen zu verschiedenen Fragen des Arbeiterinnenschutzes festgestellt waren, fand die wirkungsvoll verlaufene Kundgebung mit einem Schlusswort des Bezirksleiters ihr Ende.

An dieser Stelle sei noch gedacht unseren Dinslaken Kolleginnen für die schöne Ausschmückung des Saales und der Stöberchen Musikkapelle, welche die Kundgebung durch vorzüglich zu Gehör gebrachte Musikstücke verschönte.

## Allgemeine Rundschau

### Stahlhelm und christliche Gewerkschaften.

Die nationalen Blinde, die eine große Anzahl von Arbeitern in ihren Reihen haben, können einer klaren und eindeutigen Stellungnahme zu den Gewerkschaften nicht ausweichen. Sie ist bereits erfolgt. Während der „Jungdeutsche Orden“ die christlichen Gewerkschaften als wirtschaftliche Interessenvertretung ihrer Arbeitermitglieder positiv bejaht und von den gelben Werksvereinen abtrübt, hat der „Stahlhelm“ aus seiner Abneigung gegen den Gewerkschaftsgedanken kein Hehl gemacht. Mit allen möglichen Experimenten hat er das praktisch demonstriert. Der Stahlhelmer Dr. Stadler betreibt in der letzten Zeit wieder eifrig die Gründung von Werksvereinen. Eine solche errichtete er u. a. vor kurzem im Jsebergbau, dessen Besitzer der tschechische Jude Peitsek ist. Wenn man sich erinnert, wie erbärmlich die dortigen Braunkohlenarbeiter bezahlt werden, zugunsten ausländischer Kapitalbesitzer, so kann man es nicht verstehen, wie ein sich national nennender Mann durch eine aus den Verhältnissen erzwungene Werksvereinsgründung die soziale Luft verbreitern und unüberbrückbar machen hilft. Jrgendwelches nationales Interesse ist beim besten Willen hier nicht zu entdecken. Im Gegenteil. In diesem Sumpfe des Dummheitertums gärt der Haß und die Untreue, die die Grundlage jedweder, auch staatlicher Bindung untergräbt. Auf lange Sicht gesehen, leistet der Stahlhelm damit nur dem Kommunismus Handlangerdienste. Auch die von ihm ins Leben gerufene „Stahlhelm-Selbsthilfe“ wird von ihm als Gewerkschaftserfak hingestellt. In einem in den letzten Wochen in der Stahlhelmzeitschrift erschienenen Artikel heißt es: „Die Stahlhelmselbsthilfe ist vorläufig noch nicht tariffähig, kann also nur rein abwehrend kämpfen, aber sie bricht schon jetzt im Prinzip die Monopolstellung der Gewerkschaften.“ Deutlicher kann der Wille zur Bekämpfung der von den Arbeitern geschaffenen Selbsthilfeorganisationen nicht ausgesprochen und getätigt werden. Merkwürdig bleibt nur, daß der Stahlhelm die Arbeiter in Bezug auf die wirtschaftliche Organisationsform bevormunden möchte, während er die Arbeitgeber die gleiche Angelegenheit selber regeln läßt. Er scheint seine Arbeitermitglieder sehr niedrig einzuschätzen. Ein aufrechter und gerader Arbeiter kann und wird sich eine solche Minderbewertung nicht gefallen lassen.

### Berichte aus den Ortsgruppen

Senden Ag. Zehn Jahre Berufsorganisation. Am Sonntag, den 28. Oktober, veranstalteten die beiden Ortsgruppen unseres und des christlichen Holzarbeiterverbandes eine Stiftungsfeier. Ihnen schloß sich der kath. Arbeiterinnenverein mit seiner 15jährigen Stiftungsfeier an. Vormittags 8.30 Uhr sammelten sich die Organisationen zum gemeinsamen Kirchgang. Wenn von harmonischem Zusammenarbeiten von konfessionellen Standesvereinen und christlichen Gewerkschaften gesprochen werden kann, dann in Senden/Ag. Anschließend an den Gottesdienst fand eine Kranzniederlegung am Kriegerdenkmal statt, wobei Kollege Lander aus Willensteden eine längere Ansprache hielt.

Ein starker Besuch wies die am Nachmittag stattgefundene Festsammlung auf. Als Festredner betrat unser alter Pionier der christlich-nationalen Arbeiterbewegung, Kollege Schirmer die Rednertribüne, nachdem Kollege Amman die Anwesenden und verschiedene Gäste begrüßt hatte. Nachdem noch der im Laufe der Jahre rastlosen Mitglieder gedacht worden war, ergriff Kollege Schirmer das Wort. Er schilderte die Anfänge unserer jungen christlich-nationalen Arbeiterbewegung. Er führte uns im Geiste zurück in jene Zeit, wo wir als Arbeiterorganisation noch verachtet und verspottet und auch schwer verfolgt wurden. Er führte all die Errungenschaften, welche auf Grund des Zusammenschlusses erzielt wurden, an unserm geistigen Auge vorbei, und wies zugleich auf die Gefahren hin, die unser warten, wenn die Arbeiterschaft nicht besser wie gegenwärtig zusammenstehe. Die Jugend müsse ein viel größeres Interesse den Organisationen entgegenbringen, weil ja ihr die Zukunft gehöre. Die Alten gehen, aber sie müsse die kommenden Dinge so nehmen wie sie geschaffen werden. Ganz besonders streifte er das rücksichtslose Vorgehen der Arbeitgeberverbände in gegenwärtiger Zeit, aus welchem die Arbeiterschaft lernen sollte. Seine Ausführungen fanden allgemeinen Beifall.

Nach ihm ergriff der H. S. Pfarrer Schwander das Wort. Er sieht in der christlich-nationalen Arbeiterbewegung den kulturellen und sittlichen Aufstieg der Arbeiterschaft. Er gab seiner Freude Ausdruck, daß er an der Spitze einer Pfarrei stehen dürfe, in welcher die Mitglieder den Mut aufgebracht hätten, sich zu der Arbeiterbewegung zu bekennen, die neben wirtschaftlichen Fragen auch noch mit seelischen Dingen sich befasse, um aus zeitlichen Gütern Ewigkeitswerte zu schaffen. Auch er erntete reichen Beifall.

Auf ihn folgte der H. S. Kaplan Grotz, der seiner Freude Ausdruck gab, solche Massen wie heute mitzusehen zu sehen, denen Religion noch etwas gelte. Er beglückwünschte in erster Linie den kath. Arbeiterinnenverein, dem er als Präses vorsteht, so-

# Unser Ziel: Verdoppelung der Mitgliedsziffer!

Wenn Übertragung er seinen Glück- und Segenswunsch auch auf die beiden Berufsorganisationen, sprach ferner noch dem H. S. Barrer Schwunder für seine langjährige Tätigkeit als Präses des Arbeiterinnenvereins seinen Dank aus und gedachte auch in seinen Dankesworten der rührigen Kollegin Lina Häußler, die schon manches Opfer für Verein und Organisation gebracht habe.

Nun ergreift Kollege Sille aus Ulm das Wort. Er verstand es, die Anwesenden zu überzeugen, daß es notwendig sei, innerhalb der konfessionellen Standesverbände und der christlichen Gewerkschaften zusammenzuarbeiten. Er forderte zum Schluß seiner Ausführungen alle Anwesenden auf, am Auf- und Ausbau unserer Bewegung tatkräftig mitzuarbeiten. Kollege Gresse überbrachte in seinen Ausführungen Grüße von der Zentrale des Holzarbeiterverbandes. Es sprachen dann noch einige Kollegen aus dem Arbeitsverhältnis, worauf noch das Deutschlandlied gesungen wurde. Der Leiter der Feier, Kollege Kimmann, dankte zum Schluß allen Rednern für ihre trefflichen Ausführungen, den Teilnehmern für ihr langes, ruhiges Ausdauern, und schloß die Veranstaltung mit dem Wunsche, daß die Früchte zeitigen möge zum Wohle der Arbeiterschaft.

Besondere Bekanntmachung

Geschäftsführerin gesucht!

Für den Ortswohlfahrtsausschuß der christlichen Arbeiterschaft Düsseldorf wird für sofort eine für die Wohlfahrtsarbeit geeignete und nach Möglichkeit in derselben erfahrene weibliche Kraft gesucht.

Angebote mit Lebenslauf und einer kurzen Darstellung über die Aufgaben eines Wohlfahrtsausschusses der christlichen Arbeiterschaft sind zu richten an folgende Anschrift: Simon Kanabak, Düsseldorf, Quisenstr. 37.

Inhaltsverzeichnis

Artikel: Zum Riesenkampf in der westdeutschen Eisenindustrie. — Vor neuen Auseinandersetzungen in der Textilindustrie. — Reichstagung des Zentralwohlfahrtsausschusses der christlichen Arbeiterschaft. — Aus unseren Verbandsbezirken. — Allgemeine Rundschau: Stahlhelm und christliche Gewerkschaften. — Berichte aus den Ortsgruppen: Senden/Ag. — Besondere Bekanntmachung.

Werbepreis-Ausschreiben unserer Tageszeitung „Der Deutsche“

In diesen Zeiten der großen Karierte und Trübsal mit Ihrem färschten Einwirken auf das Volksleben, wo dem deutschen Arbeitnehmer in seinem Bestreben, gleichberechtigt in der deutschen Volksgemeinschaft zu arbeiten, noch immer erhebliche Schwierigkeiten bereitet werden,

wo oft um wenige Pfennige Mehrlohn erbitterte Kämpfe geführt werden müssen, da genügt es nicht mehr, daß nur die führenden Kolleginnen und Kollegen die Tageszeitung

„Der Deutsche“

lesen.

Die Schlagkraft unserer Bewegung, der Einfluß auf die öffentliche Meinung

wird erst dann wichtig und stark werden, wenn alles daran gesetzt wird, auch alle Verbandsmitglieder als Leser zu gewinnen.

Presse ist Macht!

Darum fordern wir zu einer regen Werbetätigkeit für

unsere Tageszeitung „Der Deutsche“

auf.

Der Verlag wird als äußeres Zeichen des herzlichsten Dankes für treue Verbundenheit die hier aufgeführten Werbepreise nach Wahl liefern.

Werbepreise:

Für je 3 neue Leser:

- 1 Halblederband (goldgeprägter Lederrücken) mit Kupfergoldschnitt, auf holzfreiem Papier, nach Wahl: Auerbach, Barfüßler Brachvogel, Friedemann Buch.

- Bulwer, Die letzten Tage von Pompeii
Dante, Göttliche Komödie
Dostojewski, Schuld und Sühne
Freytag, Das Nest der Zaunkönige
Freytag, Soll und Haben
Freytag, Verlorene Handschrift
Hauff, Nichtenstein
Scheffel, Ekkehard
Richard Wagner, Gesammelte Werke
Wallace, Ben Hur

Für 25 neue Leser:

Reclam, Praktisches Wissen
800 Seiten Text, 948 einfarbige und bunte Textbilder, 16 Seiten Atlas, 16 farbige und 8 Kupfertiefdruck-Tafeln usw.

Zur Beachtung

- 1. Die Bestellzettel sind diesmal nicht an den Verband, sondern an den Verlag „Der Deutsche“, Berlin SW. 61, Am Johannislich 5, zu senden. Aus dem Vordruck muß genau hervorgehen, durch welchen Verband das Bezugsgeld bezahlt wird.
2. Die Mindestbezugszeit beträgt für jeden neuen Leser drei Monate.
3. Für drei neue Bezüge gibt es einen Halblederband nach Wahl, d. h. jeder Werber kann das Buch selbst bestimmen, welches er wünscht.
4. Besonders beachtenswert ist das starke Reclam-Werk, das für 25 neue Leser gegeben wird.
5. Das Preisauschreiben gilt nur bis zum 31. 12. 1928. An ihm können sich nur Mitglieder des D. G. V. beteiligen.
6. Jedes als Werbepreis gestiftete Buch erhält eine handschriftliche Widmung. Es wird durch die Verbandszentrale ausgeliefert werden.
Der Zentralvorstand.

Steuerabzug bei Wochenlöhnen ab 1. Oktober 1928

Für Wochenlöhne, die unter den aufgeführten liegen, gilt der nächstniedrigere Steuerbetrag.

Table with columns for 'Verheiratete Arbeitnehmer' and 'Ledige, verwitwete und geschiedene Arbeitnehmer' for 'Wochenlohn' and 'Steuerabzug'. It contains numerical data for various income levels and family sizes.

Advertisement for 'Einen herrlichen Weihnachtsbaum' (A magnificent Christmas tree) with details about the tree and contact information for Gerhard Müller.

Advertisement for 'ZIGAREN' (Cigarettes) by K. W. Hoppe, Plauen i. Vogtland, featuring 'Rein Uebersee mit Havanna-Einlage'.

Advertisement for 'billige böhmische Bettfedern' (cheap Bohemian bed feathers) by S. Borisch, in Prag.

Advertisement for 'Vereinsstaben, Fahnenstickereien, Tischbanner, Diplome, Abzeichen' by Fabrikant Scheer.

Advertisement for 'Laubsägepel' (leaf saw) by L. Strobel, Maxdorf.

Advertisement for 'Feinstes Tafel-Pflaumenmus' (finest table plum jam) by Tadel-Senfgurken.

Advertisement for 'Weihnachten' (Christmas) featuring 'Karl Schmidts Weihnachtsbaum'.

Advertisement for 'CARMOL' (tooth powder) with the slogan 'darf in keinem Hause fehlen'.